

# Bayern spart sich die Bildung

## **21.01.2004: Der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) und die LandesAStenKonferenz Bayern (LAK Bayern) kritisieren den Beschluss der bayerischen Landesregierung, ab WS 2004/2005 eine Verwaltungsgebühren von 50 € pro Semester zu erheben.**

Die Einführung von Langzeitstudien-gebühren von 500 € pro Semester, die ab dem WS 2005/2006 erhoben werden, lehnen fzs und LAK Bayern ebenfalls ab. "Die bayerische Landesregierung spart sich die Bildung, während die Studierenden sie sich ordentlich was kosten lassen sollen", bemerkt Ana-Maria Ianc von der LAK Bayern.

Während die Landesregierung durch ihre Kürzungen im Wissenschaftsetat die Situation an den bayerischen Hochschulen weiter verschärft, werden jetzt die Studierenden zur Kasse gebeten. Denn mit den 24,5 Mio €, die durch die Verwaltungsgebühren voraussichtlich eingenommen werden, sollen 440 Stellen an den Hochschulen finanziell gesichert werden. "Anstatt Bildung als öffentliche Aufgabe zu begreifen, zieht sich die Landesregierung immer mehr aus der Hochschulfinanzierung zurück.

Es steht zu befürchten, dass sie die Einführung von Studiengebühren zum Anlass nehmen wird, die öffentlichen Mittel noch weiter zu kürzen", sagt Colin Tück, ebenfalls fzs-Vorstand.

Ministerpräsident Edmund Stoiber spricht sich klar für die Einführung von Studiengebühren ab dem ersten Semester aus. Gemeinsam mit fünf weiteren Bundesländern klagt Bayern zurzeit gegen die Gebührenfreiheit des Erststudiums, wie im 6. Hochschulrahmengesetz (HRG) festgeschrieben. fzs und LAK Bayern lehnen Studiengebühren ab, da diese die soziale Selektion im Bildungssystem weiter verstärken und die Bildungsbeteiligung vom Geldbeutel der Eltern abhängig machen. "Wir stellen uns hinter die Forderungen vieler streikender Studierendenschaften nach einem generellen Studiengebührenverbot und fordern von Bund und Ländern, endlich genügend Gelder für die Hochschulen zur Verfügung zu stellen", erklärt Johannes Kaindl von der LAK Bayern.

Kontakt: Astrid Marxen, Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,  
Tel. 0228/242 03 89 o. 0179/7862651